

# Zusätzlich 11 Millionen Franken für «Entlastungspaket Energiepreise»

**Staatliche Hilfe** Die Regierung beantragt für 2023 einen Nachtragskredit in Höhe von fast 11 Millionen Franken. Damit sollen einkommensschwache Haushalte und Unternehmen unterstützt werden, die von den hohen Energiekosten betroffen sind.

VON TATJANA BÜCHEL

Die Energiepreise gehen seit dem Beginn des Ukraine-Konflikts durch die Decke. Die Rechnungen für Gas und Strom werden von Mal zu Mal höher. Aber auch die Preise für Treibstoff, Heizöl, Pellets und Fernwärme haben sich in den vergangenen Monaten stark erhöht. Eine Belastung für energieintensive Unternehmen, aber auch für einkommensschwache Haushalte. «Die liechtensteinischen Endkundenpreise für Gas haben sich im Vergleich zum vergangenen Jahr verdoppelt. Ebenso haben die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) für das Jahr 2023 eine Verdoppelung der Endkundenpreise beim Strom angekündigt», schreibt die Regierung in einem gestern veröffentlichten Bericht und Antrag (BuA) betreffend befristete Entlastungsmassnahmen zur Abfederung der Energiepreissteigerungen - also für ein «Entlastungspaket Energiepreise».

## Inländische Arbeitsplätze erhalten

Diese hohen und teilweise auch weiter steigenden Energiepreise können zu schweren finanziellen Problemen führen. Daher hat die Regierung im September die Taskforce «Energiepreise» eingesetzt und damit beauftragt, konkrete Massnahmen zur Abfederung der Kosten zu erarbeiten. In ihrer Sitzung vom 31. Oktober hat die Regierung schliesslich solche Massnahmen beschlossen. Im Bereich der privaten Haushalte sollen zusätzliche Gelder für die wirtschaftliche Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen zur AH-IV und Mietbeiträge für Familien gesprochen werden. Ausserdem können einkommensschwache Haushalte eine einmalige Energiekostenpauschale beantragen, die von 182 Franken für einen Einpersonenhaushalt mit bis zu 2060 Franken für einen Haushalt mit sechs und mehr Personen und einem Erwerb von maximal 26 000 Franken reicht. Als weitere Massnahme wurde entschieden, dass Hilfseinrichtungen, wie zum Beispiel die Caritas, zusätzliche Mittel für die Unterstützung von Härtefällen erhalten. Auch Unternehmen, die die anfallenden Energiekosten nicht mehr selbst tragen können, sollen im kommenden Jahr finanziell vom Land unterstützt werden. «Ziel dieser befristeten Härtefallunterstützung ist



(Symbolfoto: SSI)

es, Arbeitsplätze in Liechtenstein zu erhalten. Es sollen dabei jene Unternehmen unterstützt werden, welche sich aufgrund des erheblichen Anstiegs der Energiepreise in einer existenzbedrohenden Lage befinden», heisst es im BuA weiter.

Die zu erwartenden Mehrkosten für diese befristeten Entlastungsmassnahmen belaufen sich gemäss BuA auf fast 11 Millionen Franken. Die Regierung beantragt beim Landtag daher einen entsprechenden Nachtragskredit für das Budget 2023.



So berichtete das «Volksblatt» in der Ausgabe vom 2. November.

## Gemäss BuA geplante Aufteilung der zusätzlichen finanziellen Mittel

Ergänzungsleistungen zur AHV-IV	550 000 Franken
Mietbeiträge für Familien	450 000 Franken
Unterstützung Härtefälle	300 000 Franken
Landesbeitrag Wirtschaftliche Hilfe	355 000 Franken
Energiekostenpauschale für einkommensschwache Haushalte	5 Millionen Franken
Beiträge für Wirtschaftsförderung	4 Millionen Franken

es, Arbeitsplätze in Liechtenstein zu erhalten. Es sollen dabei jene Unternehmen unterstützt werden, welche sich aufgrund des erheblichen Anstiegs der Energiepreise in einer existenzbedrohenden Lage befinden», heisst es im BuA weiter.

Die zu erwartenden Mehrkosten für diese befristeten Entlastungsmassnahmen belaufen sich gemäss BuA auf fast 11 Millionen Franken. Die Regierung beantragt beim Landtag daher einen entsprechenden Nachtragskredit für das Budget 2023.